



Geschäftsführung Gesundheitsausschuss

Frau Niemeyer

Telefon: (0221) 221 23820

Fax: (0221)

E-Mail: Sabine.Niemeyer@STADT-KOELN.DE

Datum: 23.04.2024

Niederschrift

über die **21. Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 21.11.2023, 17:01 Uhr bis 18:27 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Frau Ursula Gärtner	CDU
Frau Mechthild Böll	GRÜNE
Herr Joachim Heinlein	Auf Vorschlag der Grünen
Frau Christine Seiger	GRÜNE
Herr Yannik Breuer	Auf Vorschlag der CDU
Herr Artur Tybussek	CDU
Frau Polina Frebel	SPD
Frau Viola Recktenwald	SPD
Herr Franz Philippi SPD	Vertretung für Herr Kaske
Frau Uschi Röhrig	DIE LINKE
Frau Bettina Houben	Auf Vorschlag der FDP
Frau Jennifer Glashagen	Volt Vertretung Herr Salis

Beratende Mitglieder

Herr Michael Winkler	Auf Vorschlag der AfD
Frau Elise Teitz	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Jürgen Medenbach	Auf Vorschlag der GRÜNEN
Herr Ralf Sartoris-Daubenbüchel	Auf Vorschlag der GRÜNEN
Herr Dr. Gunther Quinkler	Auf Vorschlag der CDU
Herr Mario Schmitz	Auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Tobias Jacquemain	Auf Vorschlag der SPD

Herr Christian Robyns	Auf Vorschlag der SPD
Herr Albert Nowak	Auf Vorschlag von DIE LINKE
Herr Robert Gaida	Auf Vorschlag der FDP
Herr Eike Steinke	Auf Vorschlag von Volt
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Sophie Sänger	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Heinz-Peter Bourry	Seniorenvertretung der Stadt Köln Scherzberg	Vertretung f.
-------------------------	---	---------------

Verwaltung

Frau Anke Ludwig
Herr Dr. Christian Miller
Frau Carina Nowka
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau
Frau Sibylle Scharkus
Herr Onur Metin

Gäste

Klaus Dick
Julia Klinger
Michaela Lauhof

Schritfführung

Frau Sabine Niemeyer

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Sven Kaske	SPD	Vertretung Herr Philippi
Herr Andrea Salis	Auf Vorschlag von Volt	Vertretung Frau Glashagen

Beratende Mitglieder

Herr Werner Kircher	Auf Vorschlag der SPD
Frau Rahab Njeri	Auf Vorschlag der KLIMA FREUNDE
Herr Musa Yüceel	Auf Vorschlag des Integrationsrates

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Kathrin Balke

Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik

Herr Luziano Gonzalez Tejon

Auf Vorschlag des Integrationsrates

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Kurzvortrag zur Auswertung des gestuften Versorgungssystems im Rettungsdienst der Stadt Köln (Vortrag von Herrn Prof. Dr. Dr. Lechleuthner)

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 2.1 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der Fraktionen CDU und Volt aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 22.08.2023 (AN/1454/2023) betreffend "Umsetzung der neuen Krankenhausplanung für Köln" 2764/2023
- 2.2 Beantwortung einer Anfrage der SPD betreffend "Ausstiegswohnung für Menschen in der Prostitution in Köln" AN/1636/2023 3297/2023
- 2.3 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage des Einzelmandatsträgers Hengstenberg (AfD) aus der Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim vom 14.08.2023 betr. "Gleichstellung mit Tabu" (AN/1299/2023) 3198/2023
- 2.4 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der SPD-Fraktion aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 22.08.2023 (AN/1462/2023) betreffend "Kinderärztliche Versorgung in Köln – Aktualisierung von Daten zur Kinder- und Jugendgesundheit in Köln" 3003/2023
- 2.5 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der Fraktion Volt aus der Sitzung des Ausschusses für Seniorinnen und Senioren vom 16.11.2023 (AN/1959/2023) betreffend "Cannabis Modellstadt" 3726/2023

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 3.1 Erste-Hilfe-Kurse an Schulen
AN/1591/2023

Antwort der Verwaltung vom 20.09.2023 zur Anfrage AN/1591/2023
betreffend "Erste-Hilfe-Kurse an Schulen"
3036/2023

- 3.2 Einnahme von SNUS Nikotin und Lachgas von Kindern
AN/1651/2023

Beantwortung von aktuellen Anfragen in den Ausschüssen Gesundheit und
Jugendhilfe zum Konsum von Einname von SNUS Nikotin und Lachgas von
Kindern,
3826/2023

- 3.3 Long-Covid und Post-Vac-Patient*innen in Köln
AN/2023/2023

Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der Fraktion Die Linke vom
16.11.2023 (AN/2023/2023) betreffend "Long-Covid und Post-Vac-Patient*in-
nen in Köln"
3807/2023

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksver- tretungen

- 4.1 Smartphone-basiertes Ersthelfer-Alarmierungs-System
AN/1962/2023

5 Beschlussvorlagen

- 5.1 Erhöhung von Arbeitssicherheit und Resilienz in den Gerätehäusern der Frei-
willigen Feuerwehr - Verwendung des politischen Veränderungsnachweises
von 2019 sowie 2020/2021
2544/2023

- 5.2 Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele
4069/2022

- 5.3 Kölner Verhütungsmittelfonds
2576/2023

- 5.4 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 0212 Brand- und Bevölke-
rungsschutz, Rettungsdienst
3414/2023

- 5.5 Strukturförderfonds 2023 / 2024
hier: Förderprogramm für Zuwendungen aus dem Strukturförderfonds des De-
zernates V, Soziales, Gesundheit und Wohnen zur Abmilderung der steigen-
den Personal- und Betriebs- / Energiekosten in Folge des Ukraine-Krieges im
Jahr 2024
3451/2023

- 5.6 Änderung der Satzungen über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzungen)
3413/2023
- 5.7 Änderung der Rettungsdienstsatzung der Stadt Köln
3487/2023
- 6 Mitteilungen**
- 6.1 Abschlussbericht und Handlungsempfehlungen zur wissenschaftlichen Begleitung der Umsetzung des Drogenhilfekonzeptes 2022
0589/2023
- 6.2 Anmietung von Räumen in Porz für den Sozialpsychiatrischen Dienst
2637/2023
- 6.3 Bewerbung der Stadt Köln als Modellstadt für die Legalisierung von Cannabis
2562/2023
- 6.4 2. Quartalsbericht 2023 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln
2931/2023
- 6.5 Luftrettungssatzung der Stadt Köln
3488/2023
- 6.6 "Aufklärung über Bevölkerungswarnungen", Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 07.03.2023
3777/2023
- 6.7 Übertragung von Finanzmitteln aus dem Strukturförderfonds
2737/2023
- 6.8 Jahresbericht 2022 der Feuerwehr Köln
3818/2023
- 6.9 Klassifizierung der Rettungsdiensteinsätze der Stadt Köln in das Gestufte-Versorgungssystem (GVS)
2850/2023
- 6.10 Ergebnisse des Projektes „Verbesserung der Verpflegungsqualität des Mittagessens an Kölner Grundschulen“
3525/2023
- 7 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

Kurzvortrag zur Auswertung des gestuften Versorgungssystems im Rettungsdienst der Stadt Köln (Vortrag von Herrn Prof. Dr. Dr. Lechleuthner)

I. Öffentlicher Teil

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna berichtet, bisher hätte er gehört, dass zu den Punkten 5.5, 6.8, 6.9 und 6.10 Beratungsbedarf bestehe. Hintergrund sei, dass man in den letzten 48 Stunden relativ viele neue Unterlagen bekommen habe, die nicht alle Kolleg*innen rechtzeitig lesen konnten.

Die Stadtdirektorin Frau Blome erläutert, bei den TOPs 5.6 und 5.7 würde es sich um einen Wiederholungsvorgang handeln und die Kalkulationsgrundlagen würden durch die Stadt Köln verhandelt und so eingesetzt, dass man möglichst viel von den Krankenkassen zurückbekommen würde. Man müsste es schon noch in diesem Jahr durch den Rat bekommen und deswegen wäre es sicher möglich, „ohne Votum“ weiterzuschieben, einen Sitzungslauf weiterzugehen sollte jedoch vermeiden werden. Es sei auch keine „inhaltsschwangere“ Vorlage, sondern es würde um die Kalkulationsgrundlagen gehen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna erklärt, wenn man es „ohne Votum“ weitergeben würde, würde man es nicht aufhalten, würde sich aufgrund der kurzen Dauer nicht committen und könnte es sich dann bis zum 07.12. anschauen.

RM Frau Recktenwald findet es schwierig, wenn einen Tag vor dem Ausschuss 2 Beschlussvorlagen mit 10 Seiten + Anlagen reinkommen würden. Hier seien alle berufstätig, sie wüsste wirklich nicht, wie sie sowas in der Zeit lesen sollte. Wenn gesagt würde, dass es dringlich sei, dann bitte sie darum, dass nochmal ganz genau erklärt würde, worum es sich handelt. Sie würde sich für Ihre Fraktion vorbehalten, das im Zweifel „ohne Votum“ weiterzugeben.

SB Frau Houben findet, insbesondere die Begründung der Dringlichkeit: „Weitgehender Abstimmungsbedarf innerhalb der Verwaltung hat zu einer Überschreitung der ursprünglichen Zeitplanung geführt“ ein „bisschen schwach“. Man wüsste wieviel Zeit man braucht und kenne den Termin der Sitzung des Gesundheitsausschusses. Sie würde aus Gründen der Professionalität erwarten, dass man nicht am Montag im Laufe des Tages informieren würde. Man habe schon häufig angemerkt, dass man mit der Kurzfristigkeit und der „überfallsartigen“ Konfrontation von großen komplexen Sachverhalten nicht einverstanden sei.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna schlägt vor, wenn eine Fraktion die TOPs 5.6 und 5.7 „ohne Votum“ schieben möchte, dann würde man so verfahren.

RM Frau Recktenwald bittet darum, TOP 2.4 in die nächste Sitzung zu schieben, damit die Fraktion sich damit nochmal beschäftigen könnte. Wäre es möglich, die TOPs 2.5 mit 6.3 zusammen zu behandeln? Sie wollte ankündigen, für TOP 5.2 hätte man seitens der Fraktion noch Abstimmungsbedarf, man würde das gerne „ohne Votum“ weitergeben.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna fasst zusammen, Punkt 2.4 wird zurückgestellt, Punkt 2.5 wird mit Punkt 6.3 zusammengezogen. Bei Punkt 5.5 gäbe es Beratungsbedarf, bei den Punkten 5.6 und 5.7 würde man „sich das anschauen“ und eventuell „ohne Votum“ weitergeben. Die Punkte 6.8, 6.9 und 6.10 seien auf die nächste Sitzung vertagt. Er hält fest, dass Punkt 3.2 auch noch zurückgestellt werden sollte.

Er stellt fest, dass die so geänderte Tagesordnung einstimmig genehmigt ist.

Kurzvortrag zur Auswertung des gestuften Versorgungssystems im Rettungsdienst der Stadt Köln (Vortrag von Herrn Prof. Dr. Dr. Lechleuthner)

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst der Berufsfeuerwehr Köln, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner zeigt seine **Präsentation „Lechleuthner-GA-21-11-2023“** (siehe anbei). GVS ist die Abkürzung für gestuftes Versorgungssystem. Über die Jahre sei man nun dahingekommen, dass das Einsatzpersonal vor Ort zu 95 % die Klassifizierung vornimmt.

RM Frau Böll bedankt sich für den Vortrag. Sie möchte wissen, warum er einen weiteren Anstieg der Einsätze von GVS 1-3 annehmen würde?

SE Herr Nowak fragt, was man tun könnte, um die Fallzahlen abzusenken?

RM Frau Recktenwald fasst zusammen, die Idee in Richtung GVS1 und 2 sei, die Leute zukünftig eben nicht einer Notaufnahme in einem Krankenhaus zuzuführen, sondern dem Regelsystem. Aus ihrer klinischen Erfahrung könnte sie sagen, dass sich die Rettungs- oder Notfallsanitäter*innen sehr stark vor Konsequenzen scheuen, sich am Ende geirrt zu haben. Deshalb würden viele in die Notaufnahme gefahren, die da nicht hingehörten. Sie möchte wissen, ab wann man von der Chefebene die Rückendeckung haben würde, jemand zu Hause zu lassen.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst der Berufsfeuerwehr Köln, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner antwortet auf die letzte Frage: man habe bereits in 2018 angefangen, Patient*innen in Partnerpraxen der Niedergelassenen zu fahren. Im Rettungsdienst hätten nicht alle Mitarbeiter*innen die Möglichkeiten, jeden Patienten fallabschließend zu diagnostizieren. Es käme immer wieder vor, dass die Patienten mehr hätten als man anfänglich vermutet hätte und zu Hause gelassen würden.

Jeder Mitarbeiter würde sich fragen, warum er die Verantwortung für etwas übernehmen sollte, wo er gar nicht die Mittel habe, eine fallabschließende Behandlung zu machen. Man brauche z. B. für jemand, der von unten hochstrahlend, Schmerzen in der Brust, im Arm oder Kiefer habe, Biomarker, eine Beobachtungszeit, mehrere EKGs hintereinander und das könnte man zurzeit nicht leisten. Also käme der Patient dorthin, wo es leistbar sei und das sei momentan im Wesentlichen die Notaufnahme der Krankenhäuser.

Zur Frage von Frau Böll räumt er ein, dass er den Verlauf nicht wüsste, er könnte morgen abfallen. Wenn man die letzten 40 Jahre zurückschaut, dann würde die Kurve stetig hochgehen. Er habe extra auf diesen Knick, 25 % Einbruch bei Corona, hingewiesen. Das sei das erste Mal gewesen und alles andere würde mehr oder weniger steil weitergehen.

Zur Frage: Mangel an alternativen Ressourcen antwortet er, die alternativen Ressourcen seien zu wenig, weil die Finanzierungsmechanismen der Ressourcen aus einer Zeit stammten, wo alles sofort explosionsartig zu mehr Geldausgaben führte. Er sei der Meinung, dass die Notfallversorgung sowie die Notaufnahme im Krankenhaus nach Stunde oder Material vorhaltefinanziert bezahlt werden sollten.

SE Herr Gaida stellt fest, man versuche der steigenden Anzahl von Einsätzen mit dem verstärkten Einsatz von Notfallkrankenzug, ohne das vertragsärztliche System zu nutzen, zu begegnen. Was ihm fehlen würde, seien innovative Ideen, wie z. B. der

„Stadtteil Sanitäter“, wie sie andere Rettungsdienstbereiche in Deutschland schon durchführen würden.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst der Berufsfeuerwehr Köln, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner fasst zusammen, man würde zuerst versuchen, die Stufe GVS 1 ins vertragsärztliche System einzubringen. In Stufe 2 würde man eine medizinische Fachkraft wünschen.

SE Herr Breuer fragt nach, inwiefern eine langfristige Kampagne Auswirkungen auf diese linear steigende Zahlengrundlage hätte.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst der Berufsfeuerwehr Köln, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner antwortet, ihm sei keine bekannt. Man versuche, bedarfsgerechte Hilfe zu leisten. Es sollte erstmal eine Einschätzung geleistet werden und dann sollte man versuchen, mit geeignetem Einsatzpersonal auszukommen.

SE Frau Sänger möchte wissen, ob er irgendwelche Korrelationen zu anderen Effekten feststellen könnte: Sei z. B. die Hemmschwelle, die 112 anzurufen, geringer geworden? Verlaufe die Kurve parallel zum Bevölkerungswachstum oder seien die Menschen allgemein kränker geworden oder was könnte auch eine Ursache dieser Steigerung seien? Sie möchte wissen, ob er einen Missbrauch der 112 feststellen konnte?

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst der Berufsfeuerwehr Köln, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner antwortet, die Patienten in Deutschland würden älter. Sie hätten mehr Herzschrittmacher, künstliche Hüftgelenke, eingebaute Defibrillatoren und Medikamente aller Art. Hätten eventuell schon einen Herzinfarkt hinter sich, seien ängstlich und wollten nicht 2 – 3 km zum Hausarzt fahren.

Die Respektlosigkeit würden steigen. Was man nicht feststellen würde, wären echte körperliche Angriffe.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der Fraktionen CDU und Volt aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 22.08.2023 (AN/1454/2023) betreffend "Umsetzung der neuen Krankenhausplanung für Köln" 2764/2023

Zur Kenntnis genommen.

2.2 Beantwortung einer Anfrage der SPD betreffend "Ausstiegswohnung für Menschen in der Prostitution in Köln" AN/1636/2023 3297/2023

Zur Kenntnis genommen.

2.3 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage des Einzelmandatsträgers Hengstenberg (AfD) aus der Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim vom 14.08.2023 betr. "Gleichstellung mit Tabu" (AN/1299/2023) 3198/2023

Zur Kenntnis genommen.

- 2.4 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der SPD-Fraktion aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 22.08.2023 (AN/1462/2023) betreffend "Kinderärztliche Versorgung in Köln – Aktualisierung von Daten zur Kinder- und Jugendgesundheit in Köln" 3003/2023**

Zurückgestellt.

- 2.5 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der Fraktion Volt aus der Sitzung des Ausschusses für Seniorinnen und Senioren vom 16.11.2023 (AN/1959/2023) betreffend "Cannabis Modellstadt" 3726/2023**

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna wiederholt, dass dieser Top zusammen mit Punkt 6.3 besprochen werden sollte.

Zur Kenntnis genommen.

- 3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

- 3.1 Erste-Hilfe-Kurse an Schulen
AN/1591/2023**

Durch Beantwortung unter Vorlage 3036/2023 erledigt.

**Antwort der Verwaltung vom 20.09.2023 zur Anfrage AN/1591/2023
betreffend "Erste-Hilfe-Kurse an Schulen"
3036/2023**

SE Frau Houben möchte anmerken, dass die Fragen nicht beantwortet seien. Bei ihr kam es so an wie „haben wir nichts mit zu tun, stör uns nicht“.

Zur Kenntnis genommen.

- 3.2 Einnahme von SNUS Nikotin und Lachgas von Kindern
AN/1651/2023**

Durch Beantwortung unter Vorlage 3826/2023 erledigt.

**Beantwortung von aktuellen Anfragen in den Ausschüssen Gesundheit und Jugendhilfe zum Konsum von Einname von SNUS Nikotin und Lachgas von Kindern,
3826/2023**

Zurückgestellt.

3.3 Long-Covid und Post-Vac-Patient*innen in Köln AN/2023/2023

Durch Beantwortung unter Vorlage 3807/2023 erledigt.

**Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der Fraktion Die Linke vom
16.11.2023 (AN/2023/2023) betreffend "Long-Covid und Post-Vac-Pati-
ent*innen in Köln"
3807/2023**

Zur Kenntnis genommen.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksver- tretungen

4.1 Smartphone-basiertes Ersthelfer-Alarmierungs-System AN/1962/2023

SE Herr Steinke erläutert den Antrag, dessen Ziel es sei, die Überlebenschancen von Patient*innen in Köln signifikant zu verbessern.

SE Herr Breuer ergänzt, es sei sehr wichtig für die Sicherheit. Die technische Infra-
struktur sei bereits geschaffen, man müsste nur einen weiteren Baustein ergänzen.

RM Frau Gärtner merkt ergänzend an, diese Position sei für diesen Haushalt schon
mit Geld hinterlegt.

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss beschließt für das Haushaltsjahr 2024 die Freigabe der
über den politischen Veränderungsnachweis zugesetzten Mittel zur Umsetzung eines
Smartphone-basierten Ersthelfer-Alarmierungs-Systems in Höhe von 250.000 € an das
Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Mittel in Höhe von 250.000€ für Beschaffungs- und
Investitionskosten im Rahmen der Implementierung eines Smartphone-basierten Erst-
helfer-Alarmierungs-Systems für die Stadt Köln einzusetzen und ggf. eine Finanzie-
rungslücke aus Haushaltsmitteln zu schließen.

Die Finanzierung erfolgt aus der Produktgruppe 0701 – Teilergebnisplan Zeile 13
(Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) für "Umsetzung Ersthelfer-App auf
städtischer Ebene".

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5 Beschlussvorlagen

5.1 Erhöhung von Arbeitssicherheit und Resilienz in den Gerätehäusern der Freiwilligen Feuerwehr - Verwendung des politischen Veränderungs- nachweises von 2019 sowie 2020/2021 2544/2023

RM Frau Recktenwald fragt, in welcher Reihenfolge würden welche Gerätehäuser angegangen? Warum konnten Fördermöglichkeiten aktuell noch nicht konkretisiert werden? Was gebe es für Möglichkeiten, dass man dies vorher wüsste, um die Kosten nochmal senken zu können?

Der Leiter der Berufsfeuerwehr Herr Dr. Miller berichtet, man würde Infrastruktur ertüchtigen, um die Resilienz zu erhöhen. Des Weiteren würde in die Arbeitssicherheit investiert und man würde nachhaltiger. Für jedes Gerätehaus benötige man eine Fachplanung zur Umsetzung der besten Resilienz-Konstellation. Die Gerätehäuser müssten individuell angeschaut werden, deshalb sei es hier nicht ganz so detailliert beschrieben. Man habe sich gefragt, wie könnte man einerseits mit investiven Mitteln die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur in Ehren- und Hauptamt verbessern? Wie könnte man andererseits die Mittel, die man über die Förderung zum Thema Dekarbonisierung auch im Bereich der Gefahrenabwehr nutze, hier sinnvoll als Hebel ansetzen? Somit sei dieses Paket geschnürt worden.

RM Frau Rechtenwald fragt, wenn die Fachplanung gemacht sei, dass man eine Rückmeldung zu diesem Paket bekomme.

RM Frau Böll bedankt sich. Beim nächsten Mal sollte etwas mehr erläutert werden, damit ein „Feuerwehr“ Laie das auch nachvollziehen könnte.

SE Herr Breuer möchte wissen, ob es zum Handlungspaket II schon ein fertiges Konzept gebe oder sollte das Leuchtturmkonzept in diesem Zusammenhang erst neu erarbeitet werden?

Der Leiter der Berufsfeuerwehr Herr Dr. Miller antwortet, das Leuchtturmkonzept sei ein Grobkonzept, jetzt würde die Detailplanung beginnen.

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung von Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitssicherheit für die ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr mit Gesamtkosten in Höhe von 1.100.000 €.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung von Maßnahmen zur Resilienzerhöhung von Gerätehäusern der Freiwilligen Feuerwehr mit Gesamtkosten in Höhe von 2.400.000 €.
3. Der Rat beschließt die Verwendung der notwendigen Finanzmittel in Höhe von 3.500.000 € aus den politischen Veränderungsnachweisen zu den Haushaltsplänen 2019 sowie 2020/2021 für die unter 1. und 2. genannten Maßnahmen.
4. Gleichzeitig beschließt der Rat eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 800.000 € im Teilfinanzplan der Berufsfeuerwehr, Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz in der Produktgruppe 0212 – Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst in der Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen bei neuer Finanzstelle 3701-0212-0-1000 Baumaßnahmen Freiwillige Feuerwehren (200.000 € im Haushaltsjahr 2023 und 600.000 € im Haushaltsjahr 2024). Die Deckung erfolgt in gleicher Höhe durch entsprechende Wenigerauszahlungen im gleichen Teilfinanzplan in der Teilplanzeile 9 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 3701-0212-0-0100 Kraftfahrzeuge.
5. Außerdem beschließt der Rat im Haushaltsjahr 2023 eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.600.000 € zu Lasten der Haushalts-

jahre 2025 bis 2027 im Teilfinanzplan der Berufsfeuerwehr, Amt für Feuer-
schutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz in der Produktgruppe 0212 –
Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst in der Teilplanzeile 8 – Aus-
zahlungen für Baumaßnahmen bei neuer Finanzstelle 3701-0212-0-1000 Bau-
maßnahmen Freiwillige Feuerwehren (jeweils 600.000 € für die Haushaltsjahre
2025 und 2026 und 400.000 € für das Haushaltsjahr 2027). Die Deckung erfolgt
durch eine veranschlagte, aber nicht benötigte Verpflichtungsermächtigung in
gleicher Höhe in der gleichen Produktgruppe bei Finanzstelle 3701-0212-0-
0100 Kraftfahrzeuge.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig empfohlen.

**5.2 Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele
4069/2022**

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat

1. nimmt die elf in der Anlage benannten strategischen Herausforderungen für die zu-
künftige integrierte Sozialplanung der Stadt zustimmend zur Kenntnis;
2. beschließt die strategischen Ziele/Teilziele zu den Herausforderungen wie in der
Anlage dieser Vorlage ausgeführt;
3. beauftragt die Verwaltung, im Sinne des strategischen Steuerungsprozesses der
integrierten Sozialplanung, dort wo noch nicht mit einer Fachplanung hinterlegt,
darzulegen, mit welchen geeigneten Strategien die Ziele/Teilziele verfolgt werden
sollen;
4. beauftragt die Verwaltung den Fachausschüssen regelmäßig über die Zielerrei-
chung und die Strategien zur Zielerreichung zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Votum in nachfolgende Gremien.

**5.3 Kölner Verhütungsmittelfonds
2576/2023**

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die Fortführung des Verhütungsmittelfonds in Köln ab dem
01.01.2024 in der Zuständigkeit des Gesundheitsamtes.
2. Der Kreis der berechtigten Frauen orientiert sich an der Einkommensgrenze, die
der Bund für die Vergabe von Mutter-Kind-Stiftungsgeldern festgelegt hat.
3. Die Mittel in Höhe von 100.000 € werden überplanmäßig aus dem Teilergebnis-
plan des Amtes für Soziales, Arbeit und Senioren in der Produktgruppe 0502, Teil-
planzeile 16 in den Teilergebnisplan des Gesundheitsamtes in der Produktgruppe
0701 – Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 15-Transferaufwendungen verlagert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig empfohlen.

**5.4 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 0212 Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst
3414/2023**

RM Frau Glashagen ist unklar, was die externen und internen Ausbildungskosten seien? Wofür das Geld bezüglich der Ausbildungskosten konkret verwendet würde?

Der Leiter der Berufsfeuerwehr Herr Dr. Miller antwortet, dies seien die Kosten, die benötigt würden, um die Einsatzkräfte auszubilden. Die eigene Ausbildungsstätte hätte in der letzten Zeit unter den tatsächlich gebrauchten Kapazitäten ausgebildet. Deshalb habe man mit externen Ausbildungsstätten einen Vertrag geschlossen. Der Vertrag sehe eine Vollausbildung für mindestens 2,5 Jahr vor. Man habe mehrere Lehrgänge outsourct, damit der Ausbildungsbedarf gedeckt werden könnte. Das seien alles konsumptive Ausgaben, die im überplanmäßigen Aufwand mitberücksichtigt würden.

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt gemäß § 83 GO NRW überplanmäßige, zahlungswirksame Aufwendungen im Teilergebnisplan der Berufsfeuerwehr, Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz in der Produktgruppe 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 300.000 € sowie in der Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 1.500.000 € im Haushaltsjahr 2023 bereitzustellen.

Die Deckung erfolgt in Höhe von 1.800.000 € durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan der Kämmerei in der Produktgruppe 1601, Allgemeine Finanzwirtschaft in der Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig empfohlen.

**5.5 Strukturförderfonds 2023 / 2024
hier: Förderprogramm für Zuwendungen aus dem Strukturförderfonds des Dezernates V, Soziales, Gesundheit und Wohnen zur Abmilderung der steigenden Personal- und Betriebs- / Energiekosten in Folge des Ukraine-Krieges im Jahr 2024
3451/2023**

Die Angelegenheit wird wegen Beratungsbedarf zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**5.6 Änderung der Satzungen über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzungen)
3413/2023**

RM Frau Röhrig entgegnet, ihre Fraktion würde daran festhalten, dass es „ohne Votum“ in den Rat gehen sollte.

Der Leiter der Berufsfeuerwehr Herr Dr. Miller erklärt, es würde erstmal um die Feuerwehrsatzung gehen. Um die Ertragsseite nachzusteuern würden die Satzungen einmal im Jahr in die politischen Gremien eingebracht. Wenn man das einmal im Jahr anpasse, sei man immer in der Lage, die aktuellen Kosten zu realisieren, ohne dass die Stadt in die Vorfinanzierung gehen müsste. Beide Kostenarten (variable Kosten und Jahres Vorhaltekosten) sollten aktualisiert werden und nur ein bestimmter Teil könnte satzungsgemäß durch Gebührenbescheide eingefordert werden.

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

1. Der Rat nimmt die als Anlage 1 Anhang A und B beigefügte Gebührenbedarfsberechnung zustimmend zur Kenntnis und beschließt die Satzung über die Erhebung von Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzung) in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung.
2. Der Rat nimmt die als Anlage 2 Anhang A bis E beigefügte Gebührenbedarfsberechnung zustimmend zur Kenntnis und beschließt die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrgebührensatzung) in der als Anlage 2 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Votum in nachfolgende Gremien.

**5.7 Änderung der Rettungsdienstsatzung der Stadt Köln
3487/2023**

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat nimmt die als Anlage 2 beigefügte Gebührenbedarfsberechnung – vorbehaltlich der Zustimmung durch die Kostenträger – zustimmend zur Kenntnis und beschließt auf dieser Grundlage die Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme des Rettungsdienstes (Rettungsdienstsatzung) in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig empfohlen.

6 Mitteilungen

**6.1 Abschlussbericht und Handlungsempfehlungen zur wissenschaftlichen Begleitung der Umsetzung des Drogenhilfekonzeptes 2022
0589/2023**

RM Frau Böll schlägt vor, im Herbst nächsten Jahres sollte nochmal ein Fachgespräch durchgeführt werden. Der Termin sollte dazu dienen, zu hören, wie es weitergehen würde und um herauszufinden, ob es noch Nachbesserungsbedarf an bestimmten Punkten gebe.

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau bedankt sich für die Anregung und sagt, man komme diesem Vorschlag sehr gerne nach, weil man beständig lernen und eine Rückmeldung haben wolle, wie man sich verbessern könne.

Zur Kenntnis genommen.

6.2 Anmietung von Räumen in Porz für den Sozialpsychiatrischen Dienst 2637/2023

Zur Kenntnis genommen.

6.3 Bewerbung der Stadt Köln als Modellstadt für die Legalisierung von Cannabis 2562/2023

Wird zusammen mit Top 2.5 behandelt.

RM Frau Recktenwald räumt ein, dass sie damit natürlich nicht zufrieden sei. Sie habe das Gefühl, man habe sich da „noch nicht genug reingehangen“. Auf der einen Seite würde gesagt, alles sei zu teuer, auf der anderen wüsste man nicht wieviel das Ganze kosten würde. Sie habe auch nicht den Eindruck, dass man mit Trägern mal aktiv in den Kontakt gegangen sei. Ihr Resümee sei, der Wille des Rates sollte doch etwas stärker verfolgt werden.

RM Frau Glashagen möchte wissen, ob man denn mit den genannten Firmen ins Gespräch komme und was die Verwaltung genau braucht?

SE Herr Nowak schließt sich der Meinung von Frau Recktenwald an.

SB Frau Houben erwartet, dass der Ratsbeschluss positiv konnotiert würde.

SE Herr Breuer möchte die Verwaltung für diese Mitteilung loben. Da es die Rechtsgrundlage noch nicht geben würde, könnte die Verwaltung nicht in die Detailplanung einsteigen.

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau erklärt, die Verwaltung habe versucht, die noch unklare Gesetzeslage im Mittelpunkt zu sehen. Die Verwaltung teile die Einstellung, den Cannabiskonsum sicherer und kontrollierter zu machen und damit Konsumenten- und Verbraucherschutz zu realisieren. Man erwarte weniger und besser gesteuerten Konsum. Eine Legalisierung mute in der Bevölkerung so an, als ob der Vorgang dieses Konsums harmloser sei als wenn er nicht legalisiert worden sei. Auch für Jugendliche, die Cannabis weiterhin eigentlich nicht konsumieren und besitzen dürften, werde die Schwelle abgesenkt. In der Folge sehe man die Notwendigkeit präventiver Maßnahmen für erheblich. Ohne Mittelzuwachs habe man eine erhebliche Menge neuer Aufgaben. Prävention heiße auch, dass man Ressourcen für Medien benötige. Man hoffe sehr, dass in dem Gesetz die Ressourcenfrage geklärt werde. Man könne momentan noch nicht sagen, in welchem Umfang man tätig werden müsse.

Der FOGS Bericht besage, dass man im interkommunalen Vergleich schon jetzt deutlich unterbesetzt sei. Wenn die suchtbetragenden Personalressourcen auf die Einwohnerzahl heruntergerechnet würden, sei man deutlich unterversorgt. Man brauche Rahmenbedingungen und einen politischen Hinweis, wieviel es allen wert sei, gute Prävention zu betreiben.

Bezüglich der Frage nach Kooperationen mit Firmen sei anzumerken, dass sich natürlich Firmen bei der Stadt gemeldet hätten.“ Die Erfahrungen mit den Firmen seien so gewesen, dass alle ganz eindeutig den Verkaufsaspekt und damit die Geschäftsidee in den Vordergrund stellten. Deshalb sei er mit diesen Geschäftskontakten noch sehr vorsichtig, weil dadurch eine Ungleichgewichtung von Prävention, Helfen, Verhüten und Verkauf ankurbeln, stattfinde. Sofern es zu Vergaben komme, seien solche Gespräche vergabeschädlich.

Zum fehlenden Enthusiasmus entgegnet er, man habe großen Enthusiasmus für Konsumenten- und Jugendschutz. Da aber nicht alle Akteure auf diesem Gebiet über den gleichen Enthusiasmus verfügten, sei es wichtig aber auch schwierig das richtige Gleichgewicht hinzubekommen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna erwarte, sobald man eine Änderung der gesetzlichen Grundlagen habe, wäre man als Fachausschuss damit befasst, wie es weitergehe und wie man vorankomme.

Zur Kenntnis genommen.

6.4 2. Quartalsbericht 2023 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln 2931/2023

RM Frau Böll möchte sich bei der Verwaltung für den Bericht bedanken. Der Bericht würde die Wichtigkeit der Ombudsstelle zeigen. Man habe sie in diesem Jahr auch nochmal gestärkt und erweitert. Die Themen, die durch die Ombudsstelle angesprochen worden seien, seien auch durch diese direkt gelöst worden. Sie denke, es sei sehr wichtig, diese Empfehlungen tatsächlich umzusetzen.

Zur Kenntnis genommen.

6.5 Luftrettungssatzung der Stadt Köln 3488/2023

Zur Kenntnis genommen.

6.6 "Aufklärung über Bevölkerungswarnungen", Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt aus der Sitzung des Gesundheits- ausschusses vom 07.03.2023 3777/2023

RM Herr Tybussek urteilt, die Verwaltung „sei hier schon hoch genug gesprungen“. Die Intention des Antrages sei ein aktives Zugehen auf die Schulen gewesen, um dort eine Aufklärung über Bevölkerungswarnungen zu machen. Er bittet darum, ob das nicht noch ein bisschen ausgearbeitet werden könnte.

Der Leiter der Berufsfeuerwehr Herr Dr. Miller fügt hinzu, der ganze Themenkomplex „Warnen“ sei momentan dynamisch. Man würde die ganzen Notrufsysteme, die es

momentan gibt, weiterverfolgen. Alles sei modular aufgebaut und würde ständig weiterentwickelt.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna fragt, ob man in einem halben Jahr nochmal eine Information über die Änderungen bekommen könnte?

Zur Kenntnis genommen.

6.7 Übertragung von Finanzmitteln aus dem Strukturförderfonds 2737/2023

Zur Kenntnis genommen.

6.8 Jahresbericht 2022 der Feuerwehr Köln 3818/2023

Zurückgestellt.

6.9 Klassifizierung der Rettungsdienst-Einsätze der Stadt Köln in das gestufte-Versorgungssystem (GVS) 2850/2023

Zurückgestellt.

6.10 Ergebnisse des Projektes „Verbesserung der Verpflegungsqualität des Mittagessens an Kölner Grundschulen“ 3525/2023

Zurückgestellt.

7 Mündliche Anfragen

RM Frau Böll fragt nach der Weiterentwicklung des „Anonymen Krankenscheins“. Ob für die Januarsitzung ein kurzer schriftlicher Bericht zur Entwicklung angefertigt werden könnte? Dann könnte man daran weiterarbeiten.

Die stellvertretende Amtsleitung, Frau Dr. Scharkus verspricht, für Januar Zahlen mitzubringen. Momentan könnte sie nur sagen, dass es angenommen würde. Wenn die Sprechstunde sei, seien immer wartende Menschen da. Es würde weitervermittelt, was schon jetzt ein großer Erfolg sei.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna stellt in Aussicht, wenn das Programm sehr erfolgreich sei, könnte man sich dafür stark machen, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen.